



Mit Blick auf die Ergebnisse der Videoschalte von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder sagen wir deutlich, dass es für Schulen und Kitas angesichts der steigenden Corona-Infektionszahlen ein „Weiter so!“ nicht geben darf. Wenn offene Schulen und Kitas höchste Priorität aus sozialen Gründen haben sollen, müssen Lehrkräfte und Erzieherinnen besonders geschützt werden. Die Beschäftigten setzen ihre Gesundheit ein, um dieses Ziel zu erreichen. Wir schlagen vor, dem Rat des Robert Koch-Instituts (RKI) zu folgen und in der Schule in kleineren Gruppen zu unterrichten. Ab dem 5. Schuljahr sollte Wechselunterricht zwischen Präsenz- und Fernlernphasen ab einem Inzidenzwert von 50 angeboten werden. So können die Gruppen verkleinert und Abstände eingehalten werden. Präsenzunterricht sollte in Hinblick auf die Bildungsgerechtigkeit insbesondere bildungsferneren Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen. Zusätzlich muss gesichert sein, dass in den Klassenzimmern regelmäßig und konsequent gelüftet wird. Räume, in denen Lüften nur eingeschränkt möglich ist, müssen umgehend mit wirksamen Luftfiltern ausgestattet werden. Wir brauchen Gefährdungsbeurteilungen, bessere Hygienemaßnahmen und einen besseren Gesundheitsschutz. Nur so kann die Schließung von Schulen verhindert werden.

Zudem müssen alle Lehrkräfte

und Lernenden endlich digitale Endgeräte erhalten, die Ausstattung kommt zu langsam voran. Für Schülerinnen und Schüler, denen die technischen Mittel zum Lernen zu Hause fehlen, muss dringend nachgesteuert werden. Auch die Frage der digitalen Infrastruktur für Schulen und der Systemadministratoren ist längst nicht flächendeckend gelöst. Um den Gesundheitsschutz, das Recht auf Bildung und die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie unter einen Hut zu bringen, sollten die Grundschulen so lange wie möglich geöffnet bleiben. Dafür ist es notwendig, für Grundschulklassen alle Möglichkeiten auszuloten, in größeren Räumen zu unterrichten. Eine Aufstockung des Personals ist dringend notwendig.

**Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring**

## Kein „Weiter so!“

Für die Kitas verlangen wir, die individuellen Gefährdungsbeurteilungen nach Arbeitsschutzgesetz umzusetzen. Deren Ergebnisse und Empfehlungen sind einzuhalten, um die Beschäftigten zu schützen. Jede Kita braucht passgenaue und wirksame Hygienepläne. Die Regelungen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) für Kitas zum Infektionsschutz sind zu beachten und umzusetzen. Weiter müssen alle Kitaträger Betriebsmediziner einsetzen. Diese sollten die Risikogruppen bei den Beschäftigten beraten

und im Einzelfall von der Arbeit in der Kita freistellen. In Einrichtungen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, ist ein Betrieb der Kita nicht zu verantworten. Kitaschließungen dürfen nicht ausgeschlossen werden, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse nahelegen, dass Kitas eine Rolle bei der Verbreitung des Coronavirus spielen oder es ein erheblich erhöhtes Risiko für die Beschäftigten gibt.

Wir ermahnen den Senat, die Bürgerschaft im Kampf gegen die Corona-Pandemie stärker zu beteiligen, um die Akzeptanz der einschneidenden und notwendigen Maßnahmen bei der Bevölkerung auf eine breitere Legitimationsgrundlage zu stellen. Das Rechtsstaatsprinzip mit den Grundsätzen der Gewaltenteilung, das in der Verfassung verankert ist, ist ein hohes Gut. Die Stunde der Exekutive war am Anfang der Pandemie im Frühjahr angemessen, geboten und erforderlich. Jetzt muss wieder die Stunde der Parlamente schlagen. Die aktuelle Entwicklung ist für die Demokratie, den Zusammenhalt der Gesellschaft und den allgemeinen Gesundheitsschutz problematisch. Beratungen der Kanzlerin mit den Ministerprä-

sidentinnen und -präsidenten und die daraus resultierenden Rechtsverordnungen auf Bundes- und Landesebene können einen breiten parlamentarischen Prozess nicht ersetzen. Die Möglichkeiten gesellschaftlicher Gruppen, einschließlich der Gewerkschaften, ihre Expertise etwa in einem Gesetzgebungsverfahren über Anhörungen und Stellungnahmen einzubringen, ist besser als auf die Kabinettsbeschlüsse zu Verordnungen einzuwirken. „Mehr Legislative statt Exekutive!“